

Gesellschafts-, Reichs- und Kolonialministerium. Abg. Madsen berichtet über die Friedensverhandlungen. Reichsminister Dr. Bell: Das Ministerium kann nicht von heute auf morgen absehbar werden. Die Ausübungsmacht des Friedensvertrages, die Ausübung der Weisheit der Kolonien, die Ausübungswollen der Schutzzüge und die Entscheidungen der Kolonial-Denkschriften müssen erledigt werden. Die Ausübungskräfte werden einschließlich erfolgen. So ist Gewissheit, für die Beamten angemessen zu fordern. Sie danken weiteren Beamten auch für ihre treue Tätigkeit. Die gewünschte Ausübung unserer Kolonien erfolgte, wird wir angeblich nicht möglichs gewesen wären, kolonialistische Arbeit zu leisten. Dagegen protestieren viele. (Bell) Die französischen Sozialisten erkannten ebenso wie die Neutralen, daß die Ausübung unserer Ablösung und unserer Ressourcen eine schlechte Handlung und eine schlechte Politik gewesen ist. Die Engländer sind uns bis zum letzten Augenblick treu geblieben in Ostafrika, in Südwest und in Kamerun. Die Amerikaner eingedrungen haben aus Furcht, in die Hände der Franzosen zu fallen, an und das dringende Gründen ging mit den Truppen noch 67000 Amerikaner mit auf spanisches Gebiet. (Bravo.) Wie danken auch der Schutzzug, den Beamten, den Kolonial-Denkschriften und den eingedrungenen. Die deutsche Kulturarbeit wird sie nicht verhindern können. (Bell) Abg. Dr. Böhmer (Dem.): Ich lasse mich diesen Ausführungen an. Abg. Schwartz (Deutschland): Die Ausübung der nicht unterzuordnenden Beamten muss gleichzeitig geregelt werden. Reichsminister Dr. Bell: Das vom Vorredner gewünschte Gesetz ist in Vorberatung. Abg. Henke (Unabh. Soz.): Mit der nationalen Ehre hat das nichts zu tun. Wir sind Gegner des kolonialen Gedankens. Dem Danke an die Farmer und Planter können wir uns nicht anschließen. Reichsminister Dr. Bell: Alle Parteien, die noch Verständnis für nationale Dinge haben, sind einig in dem Protest gegen unsere Verantwortung durch die Entente. (Bravo.) Der Kolonialausschuss wird erledigt.

Es folgt der Haushalt der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Abg. Delius (Dem.) berichtet über die Ausbauverhandlungen. Abg. Taubadel (Soz.): Es muß mit aller Energie darauf gebrachten werden, daß bei den Postanstalten die alte Unmöglichkeit und Unverlässigkeit wieder eintrete. Bei den Entlassungen von Ausbildungskräften sollten verdeckte Verdächtige berücksichtigt und die Verbrecheren gekontrolliert werden. Abg. Stassen (Bentz.): Das Ministerium muß sich der Wohnungssorge für seine Beamten annehmen. Bei Neubauten von Postgebäuden muß größere Sparsamkeit vorstehen. Den Postagenten gebühren größere Vergütungen. Abg. Weißer (Bentz.) berichtet die Briefmarken zur Nationalversammlung, die auf der Konkurrenz noch die eindrücklichsten geweisen seien. Unterstaatssekretär Danckel berichtet die Gründe für die Minderleistungen der Post ausführlich, besonders die Verwendung immer wechselnden und unausgebildeten Hilfspersonals sei schuld daran. Die Verwendung der Pakete hat man noch nicht genügend verbunden können. Die Erhöhung der Postgebühren hat erfolgen müssen, um den Staat zu entlasten. Für die Postagenten werden im Staat für 1920 Mittel für Zulagen gesondert werden. Dem Funkbetrieb werden wir große Aufmerksamkeit schenken. Abg. Delius (Dem.): Die Beamtenausübung müssen mitwirken zur Hebung des Wertes der Beamtenarbeit zur Wiederherstellung der alten Würde. Die alten Beamten, die sich in die neue Zeit nicht finden können, sollen die neuen günstigen Entwicklungsbedingungen benutzen und abheben. Im Hause sind mir noch 20 Abgeordnete anwesend. Abg. Degler (Deutschland) wünscht für die Unterbeamten die Möglichkeit des Aufstiegs in die mittleren Stellen. Unterstaatssekretär Danckel: Das Recht über die Ausübung der Postfreiheit wird dem hohen Hause in kurzem zugehen. Hierauf verzögert sich das Haus auf Montag 1 Uhr — Gesetzentwurf über das Brauntweinmonopol u. a. — Schluß gegen 6 Uhr.

Der Friedensvertrag vom französischen Senat ratifiziert.

Der französische Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmensetzung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

Bei der Präsentation des Friedensvertrages im französischen Senat nannte Ministerpräsident Clemenceau den Vertrag unvollkommen. Das ganze Leben besteht aus Nachdrängen. Zu dieser Nachdrang ist auch Frankreich verurteilt. Die Franzosen seien einig in zwei Gedanken gewesen: Einmal darin, diesen Krieg niemals zu provozieren, und anderntags hätten sie um zu knechten. Es liegt nicht in der Absicht Frankreichs, in die Herzen der Deutschen einzudringen. Was die Frage der Entwicklung Deutschlands anbetrifft, so muß ich angeben, daß zwischen 5 Millionen Soldaten und 100000 ein Unterschied ist. Man hat die Militärfreiheit gegen die Vorschläge des Sachverständigen bestritten. Man hat die ganze schwere Artillerie verboten und die leichte Artillerie von 9000 Stück auf 288 herabgesetzt. Warum hat man Deutschland diese Kanonen und die Festungen im Osten gelassen? Weil Deutschland ein Interesse daran hat, sich zu verteidigen, und weil Frankreich kein Interesse daran hat, ein bürgerliches Deutschland zu sezen. Ich muß zugeben, daß ich die Mentalität des Deutschen nicht verstehe. Die Sozialdemokraten, habe Clemenceau fort, seien Kämpfer der militärischen Partei und regierten Deutschland. Er wisse nicht, ob die Sozialisten sich militärischer würden, aber er wisse, daß die Militäriten nicht sozialistischer würden. Wenn man ihn fragt, welches die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland sei, so antwortet er: Erstens muß der Friedensvertrag ausgeführt werden. Das ist der Brüderlichkeit. Er befürchtete heute die wirtschaftliche Domäne mehr als die militärische. Wenn man sie die Zukunft einer nüchternen Aussicht haben wollte, dann müsse man die französische Oberherrschaft überholen. Auch die Frage der Verantwortlichkeit müsse gelöst werden. Das werde in Deutschland Tatsachen zeitigen, die man nicht kennt. In Deutschland können die widerwärtigen Verbrechen, die man gegen es begangen habe, amnestiert werden. Präsident Wilson, der nicht deutschfreundlich sei, habe gesagt, daß die Deutschen bald in den Widerstand eintreten könnten. Was den Widerstand betrifft, so sehe er Mitglieder des Widerstands, die sich gegenseitig mit der Pistole in der Hand betrachten. Damit der Widerstand leben könne, müsse man Menschen haben, die fähig seien, ihm das Leben zu ermöglichen. Man habe nach einer Formel die das Glück der Menschheit machen könne, aber bevor man andere reformieren könne, müsse man sich erst selbst reformieren. Die Schaffung eines internationalen Arbeiterparlaments sei ein großes Werk, es frage sich nur, wie es funktionieren könnte.

Die Ratifizierung durch England. Das Reutertheater meldet aus London vom 10. Oktober, daß der König

den Friedensvertrag ratifiziert hat und daß der britische und der französische Friedensvertrag. Der Washingtoner Berichterstattung des Daily Chronicle meldet, jetzt, wo die Bevölkerung eine Rückverteilung des Friedensvertrages an die Friedenskonferenz hofft, ist jedoch kein Zweifel, daß der Friedensvertrag und der Widerstandsertrag bestätigt werden wird. Das Volk verlangt eine Verhältnisstellung und Richten hat, kommt sie zu sehen lassen. Die Widerstandserklärung war verbindlich und gut besucht.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Gerichte über das Handelsunternehmen Bremen. Auf eine Anfrage des deutschen Wasserstraßenkommission in Köln vom 4. Oktober wird englisches Recht erklärt: Alle Gerichte, die darauf hinweisen, daß die britische Regierung vom Reichs- und Handelsunternehmen Bremen Kenntnis hat, sind unbegründet. Wie schon mitgeteilt, daß die britische Regierung keine Kenntnis irgend welche Art über das Schiff hat, die Fahrzeuge.

Auf dem Saargebiet. General Andlauer erklärt unter dem 9. Oktober folgenden Gesetz: Die Thungen des Kriegsgerichts haben gezeigt, daß die Kriegervereine, der Heimatverein, die Schützenvereine und im allgemeinen alle Vereinigungen ehemaliger Militärs Personen nicht unbedingt an der Errichtung und Aufrechterhaltung sind, deren tragische Folgen man im ganzen Saargebiet feststellen kann. Infolgedessen werden alle diese Vereinigungen aufgelöst, ihre Güter unter Sequester gestellt. Die Meierei dieser Vereinigungen soll später im Saargebiet neu gegründet werden und zwar auf neuer Grundlage unter ähnlichen Bedingungen, wie sie für die Vereine der Kriegsbeschädigten gelten. — Als Vorarbeiter wurde von der Polizei eine größere Anzahl Verwundeter gemeldet. Nach der Saarländer Zeitung sind 514 verletzte Personen festgestellt worden, bei denen gerettete Personen gefunden wurden. Bei den Hausbauarbeiten wurden Waren aller Art im Wert von 1% Millionen Mark den Widerstandern wieder abgenommen.

Die ersten großen Liebesgabenleistungen von sogenannten Wohlthilfe sind aus den Vereinigten Staaten in Berlin eingetroffen. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz hat von den Bürgern die Welle erhalten, zunächst unternehmenden Wohlthilfekomitee deutscher Großstädte vier, die schwedischen Wohlthilfekomitee durch diese jetzt in rascher Folge zu erwähnenden Wohlthilfekomitee zu ermöglich. Viele Millionen Dukaten Wohlthilfe sind im Laufe des Winters zu erwarten: Aus den von Amerika in Aussicht gestellten Stiftungen sollen der Hülfe wegen nur zwei als typisch erachtet werden: die Unterbringung von tausend tuberkulösen deutschen Großstadtindustrie für 3-4 Monate in der Schweiz durch New-Yorker, die Einsiedlung von 50000 bedürftigen deutschen Kindern durch San Francisco Freunde.

Die Washingtoner Konferenz. Nach einer Erklärung des "Vorwärts" bleibt es trotz der Vermittlungsvorläufe holländischen Genossen dabei, daß die Vertreter der deutschen und österreichischen Gewerkschaften an der Washingtoner Konferenz nicht teilnehmen.

Deutsch-Oesterreich.

Gründungskrisis. Deutsch-Oesterreich steht neuerdings vor einer durchbarem Gründungskrisis.

Belgien.

Die Differenzen mit Belgien. Das Reutertheater Büro meldet aus Paris, daß der belgische und niederländische Standpunkt bezüglich der militärischen Sicherheiten anscheinend noch nicht in Einklang zu bringen ist.

Der König droht abzudanken. Das Reutertheater Büro meldet: Obwohl d'Annunzio und seine Truppen sich geweigert haben, Trieste zu verlassen, will das italienische Heer und die italienische Flotte nicht die Befehle ausführen, um sie zu zwingen, Trieste zu räumen. Von zuverlässiger Seite wird gemeldet, daß der König von Italien droht, abzudanken, wenn Heer und Flotte in dieser Haltung verharren.

Die italienische Regierung soll der Errichtung eines Hafens und dessen benachbarte Küstengebiete umfassenden Bufferstaates zugestimmt haben, unter der Bedingung, daß die italienischen Interessen in diesen Staaten geschützt werden.

"Times" meldet, daß italienische Bioniers damit begonnen haben, den Hafen von Trieste zu unterminieren. Sie drohen, ihn in die Luft zu sprengen, wenn die Stadt nicht an Italien abgetreten werde.

England.

Riems von den Bolschewiken wieder genommen. Gazette de l'Amérique erläutert aus ukrainischer Quelle: Ein in Lemberg eingegangenes Telegramm aus Romeneckobodit meldet die Wiedereinnahme Riems durch die russischen Bolschewiken. Die Freiwilligen-Armee des Generals Denikin zieht sich in voller Auflösung nach Süden zurück.

Spanien.

Reise des Königs nach London und Paris. Dem Pressebüro "Radio" zufolge wird der König von Spanien demnächst London und Paris besuchen.

Amerika.

Drehender Bergarbeiterstand. "Times" meldet aus Newark, daß der Bergarbeiterverband beschlossen hat, mit dem 1. November in den Ausland zu treten, wenn die Bergarbeiter nicht in die Forderungen der Bergarbeiter eingewilligt. Die Bergarbeiter fordern eine Lohn erhöhung von 10 Prozent, den kündigen Arbeitsstag und die tägige Arbeitszeitverkürzung. Die Bergarbeiter haben es, so schreibt Times, mit aller Gewalt auf einen Streik abgesehen und sind überzeugt, die Verhöhnung der Bergarbeiter erzwingen zu können.

Österliches und Süßisches.

Niela, den 12. Oktober 1919.

* Theater der Stadt Stadt Niela. Einen recht vergnügten Abend bereitete die Direktion Richter den Besuchern ihrer Sonnabend-Vorstellung mit der Aufführung des dreikönigigen Schwankes "Durch die Zeitung" von Götter. Der alte Graf Solomon Mansky hat durch eine Zeitungsanzeige seine Wiederverbreitung aufzufordern gebracht und auf diesem Wege auch seinem Sohne zu einer Frau verlobt. Vor allem ist es ihm vorur zu tun gewesen, selbst wieder in den Händen der Ehe einzulaufen zu können. Aber gerade bei ihm geht die Sache schlecht, seine noch junge Frau stellt, wie man so sagt, alles auf den Kopf und statt zu der erlaubten Gemeinschaft kommt der Graf nicht mehr recht zu Atem. So geht es, wenn man keinen grau geworbenen Bart dunkel führt und auch dadurch, daß man eine junge Frau nimmt, jünger erscheinen will, als man ist. Glücklicherweise erscheint rechtzeitig die Mutter seiner Frau auf dem Plane, die ihn überzeugt, daß er ein Tor ist. Als Amerikanerin ist seine Frau natürlich großzügig genug, sie mit dem nun notwendigen Rollenwechsel abschaffen. Der Graf nimmt seine Schwiegermutter und seine Frau findet in einer jüngeren Kraft Gegen. Dem Stück fehlt es nicht an ergötzlichen Situationen, die eine vergnügliche Stimmung schaffen und die Lachmuskeln anregen. Viel mehr kann man ja von einem Schwank nicht verlangen. Gelehrte war an dem Stück auch die Darstellung vorausgegangen, die im Einzelnen wie im Zusammenhang wieder vorzügliche Leistungen bot. Höchstens, daß vielleicht das Tempo hier und da noch etwas flotter hätte genommen werden können. Der alte Graf wurde von Kurt Richter in Worte und Spiel ganz ausgezeichnet verführt. Einigen genannten Vertretern stand der Vermittler Beilson in Paul Sandow, einige kleine Übertriebungen müssen bei der Darstellung

einer kleinen Wasserschlacht vorgenommen mit zu wenig zusammengekommen. Kurt Richter wußte die Rolle des Edith Wilson (Frau des alten Grafen) sehr interessant und wirkungsvoll zu erhalten. Christian Richter als junger Graf, Gutele Richter als Mary Wilson und Else Richter als Ediths Mutter verkleidet ebenfalls lobend erwähnt zu werden. Was die Ausführung an Bildnisschaffung und Kosten hat, konnte ich sehen lassen. Die Vorstellung war verbindlich und gut besucht.

* Der Oktobers und Dienstagabendverein steht am letzten Sonntag seine 3. Versammlung im Gaffhof zum Unterricht ab. Herr Denzel berichtet hierbei über die am 29. September stattgefundenen Beirat-Veranstaltung in Freiburg. Hierbei sei erwähnt, daß am 21., 22. und 23. August 1920 eine Blumenwirtschaftliche Ausstellung in Frankenberg So. geplant ist. Die gutbesuchte Versammlung hörte weiter einen Vortrag des oben genannten Herrn über Kunstabteil und deren Betriebsweise.

Wintertag ist über die Beamtenschaft und Sozialdemokratie. In einer vom sozialdemokratischen Beamtenschach eingezogenen, stark besuchten Versammlung sprach am Sonnabend der Minister des Innern Otto Wüllig über "Beamtenschaft und Sozialdemokratie". Er erinnerte daran, daß im alten Österreichstaat Regierung und bürgerliche Parteien im Kampf um die Erhaltung ihrer Würde und das Wettrennen um die Gunst der Beamten, die am stärksten ausgeprägt war, so weit die höheren Beamten in Frage kommen. Da tiefer aber die Beamten auf der Stufenstiege standen, umso mehr erachtete diese Viebe. Wiederum die Revolution mit der unverhüllten Bedrohung des Beamtenstandes aufgetreten habe, sollte es die Beamtenchaft im neuen Staat als ihre vornehmste Pflicht erachten, den Sozialismus auch im Staatsbetrieb zur Durchführung zu bringen. Der Beamtenstand sei also auch im sozialistischen Staat ein wichtiger Faktor. Die nach der Revolution vorausgegangenen Erfahrungen, daß die Demokratie in der Bevölkerung zu einer Auslösung des Beamtenapparates geführt habe, seien völlig grundlos. Wenn die Beamtenschaft aber darauf Anspruch erhebe, auch in Sachen im neuen Wohlstande die Stelle einzunehmen, die sie im alten Staat inne hatte, so müsse sie sich auch ihrer hohen Verantwortlichkeit bewußt sein, denn die Interessen des Beamtenstandes seien mit dem Wohl und Weib des Staates aufs engste verknüpft. Ein Staatsdienstrecht made auch die Beamtenschaft darüber. Das Streitrecht, das den Beamten und Staatsbeamtern im alten Österreichstaat vorbehoben wurde, sei ein unverkennbares und unverhinderliches Merkmal, aber es habe auch ein hohes Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl voraus, besonders in der heutigen Zeit, wo wir im Sumpf stecken. Seine Anwendung sei das rechte Mittel. Es gebe keine höhere Pflicht für denjenigen, dem das Streitrecht geschenkt ist, als sich bewußt zu sein, daß nicht aus Anarchie die neue Gesellschaft bestehen kann. Stetten allein kann und nur die Arbeit, nicht gedachte nach dem System des Sozialismus, auf die Wahrheit, auf die Anarchie den Sozialismus errichten zu wollen. Der Sozialstaat lasse sich nicht von heute auf morgen errichten. Dazu bedürfe es vielfach einer langen planmäßigen und zähen Arbeit. Die Revolution hat uns die Pflicht gebracht, der Menschheit ein neues Haus zu bauen. Nicht genügen dürfen wir deshalb heute, sondern zu arbeiten gelte es, heute sei der Beamte politisch reif; in seiner Amtsführung müsse er aber unpolitisch sein. Der Beamte solle sich das allgemeine Wohl zur Wichtigkeit seines Handelns nehmen. Arbeiterschaft und Beamtenschaft sollten gemeinsam in vorderster Front stehen im Kampf der Arbeit und im Ringen um den Sozialismus.

* Zur Kartoffelverförderung. Unter einem angeblich drohenden Zusammenbruch der Kartoffelverförderung gehen auf Grund von Mitteilungen einer Kartoffelbau-gesellschaft beunruhigende Nachrichten durch die Presse. Die Reichskartoffelstelle hebt der Veröffentlichung dieser Notiz völlig fern. Von einem Zusammenbruch der Kartoffelverförderung kann keine Rede sein. Die gegenwärtigen Störfaktoren in der Zukunft sind lediglich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen, die in den notwendigen Bevorzugung der Getreidefrachten ihren Grund haben. Von nächster Woche an werden sich infolge einer Bevorzugung der Kartoffeltransporte die Verhältnisse voraussichtlich bessern. Wennleich die Ernte den Erwartungen nicht entsprechen sollte, so treffen doch Mitteilungen über eine schlechte Ernte nur auf kleinen Bezirk Deutschlands zu. Selbst bei einer Ernte von nur 50 Prozent der Erntedaten werden die Nationen bei glatter Transportlage aufrichtig erhalten werden können.

* Holz aus der Tschechoslowakei. Aus Prag wird gemeldet: Die Regierung hat die Ausfuhr von Holz nach Sachsen im Gesamtwerte von 25 Millionen Kronen bewilligt.

* Landwirtschaftliche Ausbildung von Offizieren. Der deutsche Offizier-Bildungs-Bund und die Landwirtschaftsgesellschaft "Sächsisches Heim" haben, wie die Deutsche Öffentlichkeit berichtet, im Cottaer Bezirk ein Haupt erworben zur Ausbildung ehemaliger Offiziere in der Landwirtschaft auf Görnersee.

* Dresden. In einer Freitag stattgefundenen Versammlung der Konditoreigebällen wurde nach Entgegnungnahme des Berichts über den Stand der Lohnbewegung nahezu einstimmig des Streiks beschlossen. Die Forderungen betreffen sich in Wochenhößen von 50 bis 100 Mark nicht. Zeuerungsablagen von 30%, je nach Alter und Leistung der Schäftfenten. Einzelne Betriebe haben den Gehaltserhöhung bereit anerkannt.

* Chemnitz. Die Katholische Kirchliche Konferenz hielt hier ihre 33. Tagung ab, die der Vorsitzende Superintendent Müller (Bautzen) mit begrüßenden Worten eröffnete. Gedenkt dann hält Prof. Dr. Siebel (Freiberg) den Hauptvortrag über das Thema: Die Bekennnisfrage beim Neuen der Kirche. Dem Vortrag folgt sich eine längere Ausprache an, in der besonders die geschichtliche, theologische und religiöse Bedeutung der Bekennnisfrage gewürdigt wurde.

* Meissen. Ein eigenartiges Wohndomizil hat in den letzten Tagen auffällig Karlsruhe-Gesellschaften in den Unterkünften des "Albertinum" zur Folge. Dort soll während eine Abend eine große weiße Kugel langsam herabsteigen, beim Heraufkommen von Menschen entwischen und, sobald diese den Rücken kehren, wiederkommen. Was es eigentlich mit dieser Wunderkugel für eine Bekanntheit hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Vielleicht handelt es sich um tageszeitige Nebelgebilde.

* * *
Torgau. Zum Wiederaufbau der Städte stand hier in der ersten Oktoberhälfte der auf Veranlassung und auf Wunsch der Katholischen Kirchlichen Behörde veranstaltete Lehrgang zur Ausbildung von Glöcknerwerkstätten unter der Leitung des Professors Siebel von der Technischen Hochschule in Berlin statt, wogegen sieben Kirchenmusiker berufen waren. Prof. Siebel gehörte das Verhältnis, das Glöcknerwesen zum ersten Male auf eine streng wissenschaftliche Grundlage gesetzt zu haben, von der aus es möglich sein wird, unsern glänzenden Kirchen zu neuen, vor allem musikalisch wertvollen Glöcknern zu verdichten.

* * *
Gotha. R. S. D. I.; Mittwochabend Germania I. 4:0. Mit diesem Resultat beginnt die 1. Sitz. des R. S. D. I. Verbandsspiel im Gas Südwesten. Kommen den